

Presseinformation

Nr. 165 / 2013

Verkehr / Nord-Ostsee-Kanal

Kiel, Donnerstag, 11. April 2013

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christopher Vogt: Der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals muss zwischen Bund und Land vertraglich festgeschrieben werden

Zum Erhalt und Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Der Wirtschaftsausschuss hat bei seiner auswärtigen Sitzung am Mittwoch in Brunsbüttel intensiv mit dem Parlamentarischen Staatssekretär aus dem Bundesverkehrsministerium, Enak Ferlemann, und dem Präsidenten der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord, Dr. Hans-Heinrich Witte, über die notwendigen Erhaltungs- und Ausbaumaßnahmen am Nord-Ostsee-Kanal diskutiert. Die Vertreter des Bundes haben dem Ausschuss dabei geschildert, wie die einzelnen Maßnahmen bis 2025 umgesetzt werden könnten und auch noch einmal ihre Bereitschaft zur Realisierung der Maßnahmen deutlich gemacht. Neben dem bereits beschlossenen Neubau der fünften Schleusenkommer in Brunsbüttel wären dies die Sanierung der alten Schleusenkommer in Brunsbüttel und Kiel-Holtenau, die Erneuerung der Levensauer Hochbrücke, der Ausbau der Oststrecke und die Vertiefung des Kanals.

Wir sollten uns nichts vormachen: Die positiven Signale aus dem Bundesverkehrsministerium sind sehr erfreulich, aber entscheidend ist letztlich die Finanzierung der sehr kostenintensiven Maßnahmen durch den Bundestag. Wir haben es beim Nord-Ostsee-Kanal mit einer alleinigen Infrastruktur des Bundes zu tun und sind deshalb beim Erhalt und beim Ausbau auf die Zustimmung des Haushaltsausschusses des Bundestages angewiesen.

Bis zum Jahr 2025 würden die Ausbaumaßnahmen den Bund - nach heutigen Preisen - insgesamt etwa 1,4 Milliarden Euro kosten. Wenn man bedenkt, dass das Bundesverkehrsministerium vom Bundestag jährlich lediglich etwa 1 Milliarde Euro für Erhalt und Ausbau aller Wasserstraßen in ganz Deutschland zur Verfügung gestellt bekommt, dann stellt man sehr schnell fest, dass Schleswig-Holstein bis 2025 immer wieder aufs Neue darauf hoffen muss, dass der Haushaltsausschuss des Bundestages Sondermittel für den Kanal zur Verfügung stellen wird, wie es beim Bau der

Susann Wilke, Pressesprecherin, v.i.S.d.P., FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431 / 988 1488, Telefax: 0431 / 988 1497, E-Mail: susann.wilke@fdp.ltsh.de, Internet: <http://www.fdp-fraktion-sh.de>

fünften Schleusenammer in Brunsbüttel der Fall war. Alle Fraktionen im Bundestag haben in den vergangenen Wochen zwar erfreulicherweise ihre Bereitschaft zum Erhalt und auch zum Ausbau des Kanals signalisiert. Um für mehr Verlässlichkeit zu sorgen, sind das Land Schleswig-Holstein und die maritime Wirtschaft jedoch auf konkretere Zusagen des Bundes angewiesen.

Herr Ferlemann hat gegenüber dem Wirtschaftsausschuss des Landtages am Mittwoch bereits signalisiert, dass das Bundesverkehrsministerium beim Kanalausbau grundsätzliches Interesse an einer vertraglichen Vereinbarung mit dem Land Schleswig-Holstein hätte. Die FDP bewertet diese Aussage als starkes Signal. Eine bloße Verwaltungsvereinbarung zwischen Bundes- und Landesregierung wäre jedoch mit Blick auf das Budgetrecht des Bundestages nur die halbe Miete. Die Landesregierung sollte angesichts der positiven Signale aus Berlin prüfen, ob man einen solchen Vertrag auf ein breiteres Fundament stellen könnte.

Vor diesem Hintergrund schlage ich vor, dass Bund und Land eine Art Staatsvertrag zum Ausbau des Kanals unterschreiben sollten, der vom Landtag und vom Bundestag beschlossen und dann von der Landes- und der Bundesregierung ratifiziert werden sollte. Ein solcher Vertrag würde der Bedeutung des Kanals gerecht werden und würde angesichts des voraussichtlichen Zeit- und Kostenrahmens des Kanalausbaus die Akzeptanz dieses Vorhabens bei den Haushaltspolitikern im Bundestag auch in späteren Legislaturperioden deutlich erhöhen.

Wir wären dazu bereit und ich gehe davon aus, dass auch die anderen Fraktionen im Landtag und im Bundestag zu ihren Ankündigungen stehen und den kompletten Kanalausbau auch vertraglich festschreiben würden."